

ifo Presse Mitteilung

Zur Konjunkturentwicklung 2003/2004

Freigegeben für Dienstag, den 24. Juni, 15.00 Uhr

Pressemitteilung des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung

Die Weltkonjunktur zeigt bislang nur zaghafte Anzeichen der Erholung. Aber immerhin: mit dem glimpflich abgeschlossenen Krieg ist eine lange Phase der Unsicherheit, die mit dem 11. September 2001 begann, beendet worden, SARS ist angesichts der dramatischen Rückgänge der Neu-Infektionen kein Thema mehr, und die argentinische Krise ist überwunden. Die Erdölpreise geben wieder nach, die Notenbanken haben die Zinsen stark gesenkt, und die amerikanische Regierung fährt ein gigantisches keynesianisches Programm zur Konjunkturstabilisierung mit einem Budgetsaldo, der innerhalb von vier Jahren um knapp sechs Prozentpunkte, von + 1,2% auf - 4,6% des BIP, umgeschlagen ist. Das alles sind Ingredienzien für einen neuen, nachfragegetriebenen Aufschwung der Weltwirtschaft, wie er sich auch schon an der Entwicklung des ifo Weltklima-Indikators zeigt, soweit sich dieser Indikator auf den nach Kriegsende eingegangenen Teil der Umfragewerte bezieht. Die anhaltende Lethargie Japans, das hohe Leistungsbilanzdefizit der USA und ein neuer Pessimismus in Großbritannien stören das Bild zwar noch etwas, aber die retardierenden Momente fallen vermutlich weniger stark ins Gewicht, zumal es sich hier teilweise um längerfristige, strukturelle Phänomene handelt, die mit der Konjunkturentwicklung wenig zu tun haben.

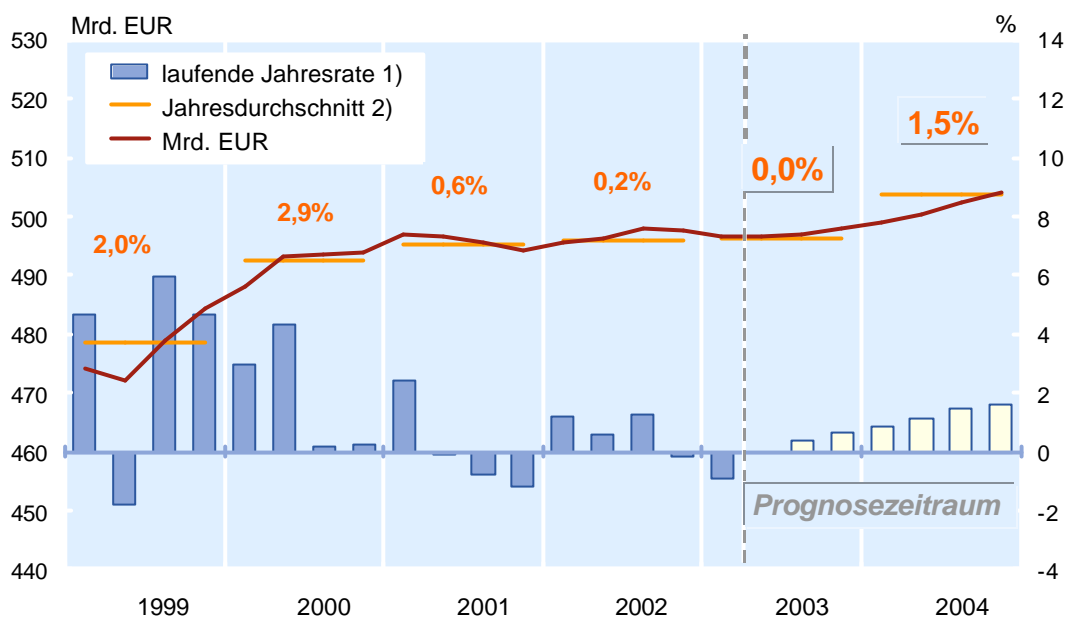
ifo press release

Die deutsche Wirtschaft steckt schon seit drei Jahren in der Flaute. Nach einem Minimal-Wachstum von nur 0,6% im Jahr 2001 und 0,2% im letzten Jahr wird in diesem Jahr das Bruttoinlandsprodukt nach der hier vorgelegten Prognose des ifo Instituts stagnieren.

Wenngleich Deutschland aus strukturellen Gründen beim Trendwachstum das Schlusslicht der europäischen Länder bleiben wird, kann im weiteren Verlauf auch hier mit einer leichten konjunkturellen Belebung gerechnet werden. Dafür sprechen neben der Besserung des internationalen konjunkturellen Umfelds vor allem die schon deutlich sichtbare Verbesserung der Einzelhandelsumsätze sowie die günstigen Werte des gerade abgeschlossenen ifo Investitionstests vom Frühjahr, nach dem die Industrieunternehmen für dieses Jahr vier Prozent mehr Investitionen realisieren wollen als noch im letzten Jahr. Auch die deutliche Verbesserung der Erwartungskomponente beim letzten ifo Konjunkturtest zählt zum Kreis der positiven Indikatoren. Der konjunkturelle Tiefpunkt (gemessen an der Abweichung des BIP vom Trend) wird allerdings erst im dritten Quartal 2004 durchschritten. Im Jahresdurchschnitt 2004 beläuft sich die Steigerungsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion auf 1,5 %. Da hiervon knapp 0,6 Prozentpunkte auf die ungewöhnlich große Zahl von Arbeitstagen entfallen, liegt der tatsächliche konjunkturelle Anstieg des BIP freilich nicht einmal bei einem Prozentpunkt.

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2003).

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt im Prognosezeitraum dramatisch: Die Erwerbstätigenzahl wird im Jahresdurchschnitt 2003 um rund 425 000 (1,1 %) niedriger sein als 2002 und im nächsten Jahr nochmals um 75 000 sinken. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Jahresdurchschnitt 2003 gegenüber 2002 um 390 000 auf 4,45 Mill. steigen. Im kommenden Jahr muss mit 4,6 Millionen Arbeitslosen gerechnet werden, und der saisonale Höchstwert wird sich im Winter auf 4,9 Millionen belaufen. Die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2004 mit 10,8 % den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung annehmen. Ein Wendepunkt der negativen Entwicklung bei der Arbeitslosigkeit wird bis zum Ende des Prognosezeitraums nicht erwartet.

Einer der Gründe dafür, dass das ifo Institut nur von einem sehr verhaltenen Aufschwung ausgeht, liegt in der Erwartung, dass ein weiterer Anstieg des Euro-Kurses wahrscheinlicher ist als eine Kursabschwächung. Zum einen wird nämlich die Abneigung der internationalen Kapitalanleger wach-

sen, das extrem hohe Leistungsbilanzdefizit der USA weiterhin zu finanzieren, was eine Abwertung des Dollar verlangt. Zum anderen ist der Run auf den Euro als eine internationale Transaktions- und Reservewährung weltweit, vor allem aber in Ost- und Südosteuropa ungebrochen.

Ein anderer Grund liegt in der immer noch nicht überwundenen Kreditkrise der großen deutschen Geschäftsbanken, die in den letzten Jahren erhebliche Teile ihres Eigenkapitals verloren haben und nun unter anderem gezwungen sind, ihre Kreditvolumina zu begrenzen, um wieder jene Werte der Kernkapitalquote zu erreichen, die von den internationalen Rating-Agenturen verlangt werden. Ein starker Aufschwung wird schon wegen der offenkundigen Kreditklemme der Banken kaum möglich sein.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten wird unter anderem wegen der Euro-Aufwertung im Prognosezeitraum außerordentlich moderat bleiben. Im Jahresdurchschnitt 2003 dürften die Verbraucherpreise um 0,9 % steigen, im Jahr 2004 gar nur um 0,8 %. Dies sind Werte, die sowohl im Hinblick auf die strukturell notwendigen Anpassungen der Reallöhne und Sozialeinkommen als auch im Hinblick auf die Rentabilität der Investitionen auch weiterhin ein hohes Gefahrenpotenzial für die wirtschaftliche Entwicklung signalisieren. Hätte die EZB ihre Geldpolitik früher gelockert, als sie es tat, und hätte sie eine höhere Inflationsrate in jenen Ländern toleriert, deren Preisniveau noch unter dem deutschen liegt, dann fiel es Deutschland heute leichter, wieder Tritt zu fassen.

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2001	2002	2003 (1)	2004 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{a)}				
Private Konsumausgaben	1.5	-0.6	1.0	1.3
Konsumausgaben des Staates	0.8	1.5	0.4	-0.4
Bruttoanlageinvestitionen	-5.3	-6.7	-1.3	1.8
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-4.4	-7.7	0.8	3.8
Bauten	-6.0	-5.9	-3.0	0.1
Inländische Verwendung	-0.8	-1.5	0.6	1.5
Exporte	5.0	2.6	2.5	4.3
Importe	1.0	-2.1	4.6	4.7
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0.6	0.2	0.0	1.5
Erwerbstätige ^{b)} (1000 Personen)	38917	38688	38265	38190
Arbeitslose (1000 Personen)	3852	4060	4450	4600
Arbeitslosenquote ^{c)} (in %)	9.0	9.5	10.4	10.8
Verbraucherpreise ^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2.0	1.4	0.9	0.8
Lohnstückkosten ^{e)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1.5	0.8	1.0	-0.3
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}				
- in Mrd. EUR	-57.5	-76.2	-79.5	-69.9
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-2.8	-3.6	-3.7	-3.2
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1.4	0.8	0.6	1.7
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^{g)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2.3	2.3	1.9	1.5
<small>1) Prognose des ifo Instituts.- a) In Preisen von 1995.- b) Inlandskonzept.- c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept).- d) Verbraucherpreisindex (VPI).- e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen.- f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).- g) HVPI-EWU (1996=100).</small>				

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

Die Finanzpolitik verfehlt im laufenden Jahr erneut die für die Euro-Länder festgesetzte Obergrenze für das gesamtstaatliche Defizit. Trotz massiver Abgabenerhöhungen steigen die Einnahmen etwas langsamer als die Ausgaben, so dass der Haushaltsfehlbetrag auf rund 80 Mrd. Euro (3,7 % des BIP) zunimmt. Im nächsten Jahr dürften die gesamten staatlichen Einnahmen konjunkturbedingt wieder etwas stärker zulegen. Dagegen werden

die Ausgaben deutlich langsamer zunehmen, weil die monetären Sozialleistungen spürbar schwächer als zuvor expandieren und die sozialen Sachleistungen sowie die Arbeitnehmerentgelte voraussichtlich sogar stagnieren. Das Budgetdefizit des Staates dürfte auf 70 Mrd. Euro sinken (3,2 % des BIP). Um das Defizitkriterium zu erfüllen, müssten nach der hier vorgelegten Prognose mindestens 4 ½ Mrd. Euro zusätzlich eingespart werden.

Ein kreditfinanziertes Vorziehen der Steuerreform brächte positive konjunkturelle Impulse, doch ist dieser Weg vom Stabilitäts- und Wachstumspakt verboten. Danach darf die Drei-Prozent-Grenze nicht überschritten werden, wenn die Wirtschaft nicht mindestens um 0,75% schrumpft. Im Hinblick auf die schädlichen Auswirkungen für die Glaubwürdigkeit der deutschen Wirtschaftspolitik, die von einer fortgesetzten Vertragsverletzung ausgingen, und auch im Hinblick auf die drohenden Vertragsstrafen kommt deshalb nur ein durch Ausgabenkürzungen gegenfinanziertes Vorziehen in Frage, und auch das nur, wenn das vorhandene Defizit durch andere Sparmaßnahmen bereits unter die kritische Grenze gedrückt wurde. Ein solches, gegenfinanziertes Vorziehen verbessert die strukturellen Bedingungen für das langfristige Wirtschaftswachstum, aber es ist konjunkturell schädlich, weil es zunächst per saldo zu Nachfrageausfällen führt. Insofern sollte die Politik sich damit begnügen, die nächsten Stufen der Steuerreform so durchzuführen, wie sie geplant sind.

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn

Präsident des ifo Instituts